

Leipziger Impuls IV

Wer Europa will, muss die Gemeinwohlorientierung stärken

Mit dem vierten Leipziger Impuls möchten wir die Frage nach der europäischen Dimension der Gemeinwohlorientierung (Public Value) öffentlich-rechtlicher Medien ansprechen.

Im ersten Leipziger Impuls haben die Unterzeichnenden relevante Handlungsfelder formuliert, im zweiten Leipziger Impuls wurden diese unter den Bedingungen der Corona-Pandemie aktualisiert und im dritten Impuls auf das Verhältnis von Gemeinwohl und Vielfalt ausgerichtet.

2012 hat Europa den Friedensnobelpreis erhalten, heute befinden wir uns in einer völlig neuen Situation. Heute stehen wir vor weltweiten Transformationsprozessen, in denen Europa und die EU voll gefordert sind, ihre Stärken zu bewahren und neu auszurichten. Veränderte geopolitische Konstellationen, wirtschaftliche Entwicklungen und vor allem die Klimakrise stellen die europäische Idee auf den Prüfstand. Die öffentlich-rechtlichen Medien sind auf neue Weise gefordert, ihren Beitrag zu leisten, eine neue Balance zwischen Kontinuität und Wandel zu finden.

Seit der griechisch-römischen Antike verbinden sich mit der europäischen Idee verschiedene

Mythen, Friedensprojekte und Krisenerfahrungen, wie auch Einhegungsversuche geographischer, politischer und wirtschaftlicher Natur.

Im Vertrag von Lissabon haben 2007 die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sechs Werte für Europa besonders betont und grundlegend festgehalten: die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Diese entspringen einer gemeinsamen Wertegrundlage und haben durch die Aufnahme in den Vertrag für die Europäische Union handlungsleitenden Charakter bekommen. Freie und unabhängige Medien sind ein zentraler Eckpfeiler im Selbstverständnis der Europäischen Union. Aktuelle Analysen zeigen aber, dass Medienschaffende in etlichen Staaten der Europäischen Union zunehmend unter Druck geraten und Medienfreiheitsrechte gefährdet sind. Wie gelingt es den öffentlich-rechtlichen Medien, die gemäß ihres Auftrages einen Überblick über das internationale, regionale, nationale und europäische Geschehen geben sollen, diesen Wertekanon zu leben und dabei von individuellen und kollektiven Erfahrungen zu erzählen, kulturelle Bindungen zu stärken und einen identitätsstiftenden Erfahrungs- und Werteraum mitzugestalten?

1. Innovationen für die öffentliche Meinungsbildung generieren

Öffentlich-rechtliche Medien sind bestrebt, ihre Angebote fortwährend innovativ weiterzuentwickeln und europäische Werte zu verteidigen. Die Freiheit der Meinungsäußerung und die Informationsfreiheit sind in Artikel 11 der EU Grundrechte-Charta verankert. Journalistinnen und Journalisten sowie Medienhäuser erfahren einen besonderen Schutz – so zumindest in der Theorie. In der Praxis stehen freie Medien in vielen Ländern – darunter auch Länder der europäischen Union – aus

unterschiedlichen Gründen mehr und mehr unter Druck. Zunehmend stellt sich auch die Frage, wie Austausch und Verbindungen von Ländern der EU in die Länder des übrigen Europas wirksam gestärkt werden können.

Es werden deshalb neue Verbreitungskanäle, Formate und Dialogformen erprobt und etabliert. Möglichst alle Altersgruppen und Gruppen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen sollen

mit ihren jeweiligen medialen Bedürfnissen angesprochen werden. Die Menschen erhalten die Gelegenheit, in einen kontinuierlichen Dialog mit

den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu treten, um sich über die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auszutauschen.

2. Qualität sichern und weiterdenken

Öffentlich-rechtliche Medien in Europa richten die Erstellung ihrer Angebote – genrespezifisch - auf journalistische Qualitätsstandards und die im Vertrag von Lissabon betonten europäischen Gemeinwohlwerte aus. Sie stellen sicher, dass diese in redaktionellen Prozessen - auch bei neuartigen digitalen Formaten - kontinuierlich eingehalten werden. Wahrhaftigkeit und die Überprüfbarkeit von Nachrichten und Informationen sind dabei die zentralen Elemente. Öffentlich-rechtliche Medien

tragen auch durch ihre fiktionalen und unterhaltenden Angebote dazu bei, dass europäische Themen die Menschen erreichen und hierdurch die Identifikation und kulturelle Selbstvergewisserung in Europa gestärkt wird. Künftig wollen wir noch engagierter dafür arbeiten, dass europäische Erzählstoffe identifiziert und in medialen Angeboten umgesetzt werden, die eine Vielzahl von Bevölkerungsgruppen ansprechen und die Bedürfnisse der Gesellschaft erfüllen.

3. Gemeinwohlnetzwerke schaffen

Öffentlich-rechtliche Medien betreiben eine aktive Kooperations- und Netzwerkarbeit, um ihr publizistisches Kerngeschäft zu stärken, welches dem Gemeinwohl in Europa verpflichtet ist. Dies geschieht insbesondere durch stärkere Vernetzung mit anderen öffentlich-rechtlichen Medienanbietern über nationale Grenzen hinweg im Rahmen der European Broadcasting Union (EBU) sowie bereits seit mehr als dreißig Jahren in dem gemeinsamen europäischen Kulturprogramm ARTE.

In einer Zeit dynamischer gesellschaftlicher und technologischer Entwicklungen sind sie bestrebt, voneinander zu lernen, ihre Kräfte zu bündeln

und Innovationen voranzubringen. Künftig soll die Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Medien in der Sicherung von Qualität und Vielfalt der Angebote noch gesteigert werden, um sich gegenseitig zu stärken und Angriffen auf die journalistische Freiheit Stand zu halten. Dabei erkennen sie auch den Beitrag privatrechtlicher Medien zur Sicherung von Freiheit und Vielfalt der Medien an und sind bestrebt, auch mit ihnen effektive Formen der Zusammenarbeit zu etablieren. Weiterhin gehen sie auch auf andere Partner im Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Kunstbereich zu, um gemeinsame gemeinwohlorientierte Ziele zu verfolgen und wechselseitig Angebotsentwicklung zu unterstützen.

4. Verantwortung für Transparenz übernehmen

Öffentlich-rechtliche Medien haben sich auf Basis der sechs EBU Kernwerte zu „Accountability“, also Verantwortung und Transparenz gegenüber der Gesellschaft, verpflichtet. Dies bedeutet, dass sie nicht nur journalistisch inhaltliche Entscheidungen, sondern auch ihr gesamtes wirtschaftliches Handeln und insbesondere ihren Umgang mit Rundfunkbeiträgen überprüfbar und transparent

machen. Sie werden in ihrem gesamten Handeln durch gesellschaftlich plural besetzte Aufsichtsgremien kontrolliert. Auch darüber hinaus sind sie bestrebt, der europäischen Öffentlichkeit gegenüber transparent zu sein und Einblicke in ihre Arbeitsweisen zu ermöglichen. Sie setzen sich sichtbar für Informations- und Meinungsfreiheit in Europa ein.

